



Erklärung der G8 zum Arabischen Frühling

- 1) Die Veränderungen, die im Nahen Osten und in Nordafrika stattfinden, sind historischer Art und haben das Potenzial, die Tür zu einer Umgestaltung aufzustoßen, wie sie sich in Mittel- und Osteuropa nach dem Fall der Berliner Mauer zugetragen hat. Das Streben nach Freiheit, Menschenrechten, Demokratie, Beschäftigung, Würde und gesellschaftlicher Emanzipation hat die Menschen in einer wachsenden Anzahl von Ländern in der Region dazu gebracht, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Dies steht im Einklang mit unseren gemeinsamen Werten und stärkt sie.
- 2) Wir, die Mitglieder der G8, unterstützen nachdrücklich die Bestrebungen des „Arabischen Frühlings“ und die des iranischen Volkes. Wir hören die Stimme der Bürgerinnen und Bürger, unterstützen ihr entschlossenes Streben nach Gleichberechtigung und stehen hinter ihrer berechtigten Forderung nach Demokratie, offenen Gesellschaften und einer integrativen Modernisierung der Wirtschaft. Wir begrüßen ausdrücklich die Rolle, die junge Menschen und Frauen in diesen Transformationsbewegungen spielen.
- 3) Heute begründen wir die „Deauville-Partnerschaft“ mit den Menschen der Region, und zwar beruhend auf unseren gemeinsamen Zielen für die Zukunft und in Anwesenheit der Ministerpräsidenten von Ägypten und Tunesien, den beiden Ländern, von denen die Bewegung ausging, sowie in Anwesenheit des Generalsekretärs der Liga der Arabischen Staaten. Wir sind bereit, diese langfristige globale Partnerschaft allen Ländern in der Region anzubieten, die sich im Übergang hin zu freien, demokratischen und toleranten Gesellschaften („Partnerschaftsländer“) befinden, angefangen mit Ägypten und Tunesien, und wollen dabei mit anderen Ländern zusammenarbeiten, die die Umgestaltung in der Region unterstützen möchten. Diese Partnerschaft schreibt die gemeinsamen Werte der Freiheit und der Demokratie fest und gründet sich auf die Achtung der Souveränität der Staaten und Völker, deren Schutz in der gemeinsamen Verantwortung der Regierungen liegt. Sie baut auf Initiativen auf, die die G8-Mitglieder bereits ins Leben gerufen haben.

- 4) Diese Partnerschaft beruht auf zwei Säulen: Zum einen beruht sie auf einem politischen Prozess zur Unterstützung des demokratischen Wandels und zur Förderung von Reformen im Bereich staatlichen Handelns, insbesondere beim Kampf gegen Korruption und bei der Stärkung der Institutionen, die erforderlich sind, um Transparenz und rechenschaftspflichtige Regierungen zu gewährleisten. Zum anderen beruht sie auf einem wirtschaftlichen Rahmen für nachhaltiges und integratives Wachstum. Sie hat zum Ziel, die Partnerschaftsländer bei der Durchführung von Wirtschafts- und Sozialreformen zu unterstützen, insbesondere bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verankerung der Rechtsstaatlichkeit, und gleichzeitig zu gewährleisten, dass der mit großen Herausforderungen verbundene Übergang zu stabilen Demokratien von wirtschaftlicher Stabilität gestützt wird.
- 5) Wir laden außerdem die einschlägigen internationalen Finanzinstitutionen und Organisationen der Vereinten Nationen, die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft ein, bei dieser Initiative mit uns zusammenzuarbeiten.

Förderung von nachhaltigem und integrativem Wachstum

- 6) Die Deauville-Partnerschaft wird eine Wirtschaftsagenda entwickeln, durch die die Regierungen, die Reformen durchführen, dem Streben der Menschen in ihren Ländern nach starkem, umfassendem Wachstum gerecht werden können, und sie wird dazu beitragen, den derzeitigen politischen Prozess leichter zu einem Abschluss in Demokratie und Freiheit zu bringen. Sie wird derart gestaltet werden, dass die Ziele jedes einzelnen Landes gefördert werden können, und zwar im Einklang mit seinen Fortschritten in den folgenden Bereichen:
 - Verbesserung der Staatsführung, der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am Wirtschaftsleben;
 - Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe durch mehr Möglichkeiten für alle und mehr Effizienz bei der Unterstützung der Schwachen;
 - Modernisierung ihrer Volkswirtschaften, Unterstützung der Privatwirtschaft, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und Entwicklung von Humankapital und Berufsqualifikationen;
 - Förderung regionaler und globaler Integration, um von den Vorteilen der

Globalisierung zu profitieren.

- 7) Unser gemeinsames kurzfristiges Ziel besteht darin, sicherzustellen, dass der politische Reformprozess nicht durch Instabilität untergraben wird und dass sowohl der soziale Zusammenhalt als auch die makroökonomische Stabilität erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang
- begrüßen wir die Einschätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und sehen seinem weiteren Engagement in der Region und der Ausarbeitung tragfähiger makroökonomischer Rahmenpläne für die Partnerschaftsländer entgegen. Wir rufen den IWF auf, die erforderliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen, damit der Bedarf an externen Finanzmitteln der Länder in der Region, die sich der Wirtschaftsstabilität verpflichtet haben, gedeckt werden kann;
 - rufen wir die multilateralen Entwicklungsbanken auf, verstärkte, koordinierte Anshubhilfe für die Partnerschaftsländer auf der Grundlage solider Wirtschaftsprogramme zur Stärkung der Regierungsführung und zur Förderung eines guten Geschäftsklimas zu leisten. Diese Art von Unterstützung wird zur Beseitigung von Störungen der privaten Finanzströme und zur Wiederherstellung des Marktzugangs beitragen;
 - sind wir bereit, wo erforderlich im Einklang mit dem multilateralen Rahmen die Partnerschaftsländer bei der Deckung ihres Finanzierungsbedarfs zu unterstützen;
 - ermutigen wir Partner in der Region, mit uns entsprechend zusammenzuarbeiten und die Partnerschaftsländer bei der Deckung ihres Finanzierungsbedarfs zu unterstützen; ferner begrüßen wir die Ankündigung Saudi-Arabiens, die Transformation Ägyptens zu unterstützen.
- 8) Auf mittel- und langfristige Sicht verpflichten wir uns, die Partnerschaftsländer dabei zu unterstützen, die elementaren Herausforderungen in der Wirtschaft anzugehen. Unser Ziel ist nachhaltige Transformation und Demokratisierung sowie eine Erweiterung der wirtschaftlichen Möglichkeiten auf der Grundlage der von den einzelnen Regierungen auf dem Wege umfassender Konsultationen mit den Betroffenen ermittelten und anerkannten Prioritäten. Dafür ist eine strategische Neuausrichtung des Ansatzes und der Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft in der Region erforderlich. Zu diesem Zweck sollten wir (i) neu ausgerichtete und koordinierte Maßnahmen der multilateralen Entwicklungsbanken nutzen, (ii) auf die Erfahrung der

Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in der Begleitung von Umbrüchen in der Wirtschaft zurückgreifen und (iii) den Umfang der Integration im Bereich Handel und Investition verändern.

- 9) Wir werden eng mit den multilateralen Entwicklungsbanken bei der Prüfung und Verbesserung ihrer Programme in den Partnerschaftsländern zusammenarbeiten, ihre Prioritäten entsprechend überprüfen und die Koordinierung zwischen den Banken verbessern:
- Wir sehen einer zügigen Fertigstellung des gemeinsamen Aktionsplans durch die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Europäische Investitionsbank/die Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und die Islamische Entwicklungsbank entgegen, der in jedem Partnerschaftsland in Übereinstimmung mit dem geografischen Mandat jeder Bank anzupassen ist. Wir rufen den IWF auf, sicherzustellen, dass diese Pläne in nachhaltige mittelfristige makroökonomische Rahmenpläne einbezogen werden können. Wir ermutigen bilaterale Geber, den gleichen Ansatz aufzugreifen und sicherzustellen, dass ihre Maßnahmen angepasst und wirksamer koordiniert werden.
 - Wir werden unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen, um die Rückkehr gestohlener Vermögenswerte sicherzustellen, und werden durch geeignete bilaterale Maßnahmen sowie die Stärkung der gemeinsamen Initiative der Weltbank und der Vereinten Nationen zur Wiedergewinnung gestohlener Vermögenswerte Ägypten und Tunesien bei der Wiedergewinnung von Vermögenswerten unterstützen.
 - Wir sagen zu, unsere bilateralen Hilfsleistungen zu erhöhen und anzukurbeln, und ermutigen andere multilaterale Organisationen, ihre Hilfsleistungen zur Unterstützung der Anstrengungen der Partnerschaftsländer aufzustoßen.
 - Wir regen an, folgende Initiativen ins Leben zu rufen: gemeinsame Einrichtungen zur Unterstützung von Kleinstunternehmen und KMU sowie zur Förderung unternehmerischen Handelns; gemeinsame Infrastrukturfonds zur Vertrauensbildung und zur Abfederung von Risiken der privaten Investoren in der Region, sowie Partnerschaften mehrerer Geber zur Förderung der regionalen Integration, die insbesondere auf die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels und die Entwicklung der Solarenergie abzielen.

- 10) Wir fordern eine geeignete regionale Ausweitung des geografischen Anwendungsbereichs des Mandats der EBWE zur Unterstützung der Transformation in den Ländern der Region, die sich zu Mehrparteiendemokratie, Pluralismus und Marktwirtschaft bekennen. Die EBWE mit ihrem Schwerpunkt auf der privaten und unternehmerischen Initiative war ein einzigartiges Instrument und half bei der Umgestaltung der Volkswirtschaften der Länder Mittel- und Osteuropas, die dieselben dynamischen Prozesse durchlaufen haben. Die finanzielle Stärke der EBWE ermöglicht eine Ausweitung des Operationsgebiets der Bank im Einklang mit ihren gegenwärtigen strategischen Verpflichtungen, insbesondere in den Ländern, in denen sie zurzeit tätig ist.

Um die Unterstützung der EBWE für die Region schnell in Gang zu bringen und ihre Erfahrung beim Ausbau der Privatwirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu nutzen, bis der Ratifizierungsprozess für die Ausweitung abgeschlossen ist, werden wir gemeinsam mit der EBWE an der Einrichtung einer zweckgerichteten Übergangsfazilität arbeiten, damit die Aktivitäten der Bank so früh wie möglich zum Wohle potenzieller Empfängerländer, die in gemeinsame Regierungsstrukturen eingebunden sind, aufgenommen werden können; die Übergangsfazilität muss für Beiträge von wichtigen internationalen und regionalen Entwicklungspartnern offen sein. Wir beauftragen unsere Finanzminister, diesen Vorschlag auf ihrer nächsten Tagung zu prüfen.

- 11) Wir sind entschlossen, die Einbindung der Partnerschaftsländer in die regionale und globale Wirtschaft durch mehr Handel und Direktinvestitionen in der Region zu fördern. Dazu
- unterstützen wir die Anstrengungen der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas und werden diese über bilaterale und multilaterale Kanäle fördern, damit die Integration im Bereich Handel und Investition in der Region gestärkt wird, und zwar unter anderem durch Handelserleichterungen, den Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse, den Zugang zum Dienstleistungssektor, die Förderung von Direktinvestitionen und regulatorischer Konvergenz;
 - sind wir unsererseits bereit, zusätzliche Unterstützung unter anderem durch bessere Möglichkeiten des gegenseitigen Marktzugangs anzubieten, um durch mehr Handel und Direktinvestitionen in der Region die Einbindung in die Weltwirtschaft derjenigen Länder zu fördern, die Reformen zur Öffnung ihrer

Volkswirtschaften und zur Schaffung von Wettbewerbsbedingungen unternehmen. Auf dieser Grundlage ergreift die Europäische Union im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie und gemeinsamen Wohlstand Initiativen zur Stärkung des Handels mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums, und zwar unter anderem durch umfangreiche und umfassende Freihandelsabkommen sowie Investitionen, den Abschluss von Abkommen über die Zulassung und Anerkennung von industriellen Gütern sowie die Ausweitung des PanEuroMed-Systems der Kumulierung von Ursprungsregeln. Die Vereinigten Staaten werden eine umfassende Partnerschaftsinitiative für Handel und Investitionen in der Region ins Leben rufen. Japan fördert Handel und Investitionen gemeinsam mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas insbesondere durch das japanisch-arabische Wirtschaftsforum. Russland wird sein Abkommen mit der Liga der Arabischen Staaten dazu verwenden, Vorhaben der regionalen Zusammenarbeit und sozialen Entwicklung zu prüfen. Das kanadisch-jordanische Freihandelsabkommen liegt dem Parlament zur Zustimmung vor und kürzlich wurden bilaterale Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Marokko aufgenommen;

- wird die Europäische Union ihre Nachbarschaftspolitik gegenüber den Partnerschaftsländern stärken und ihr neue Dynamik verleihen, um so diejenigen, die Demokratien aufbauen, stärker zu unterstützen. Die Europäische Union wird den Ländern, die Reformen durchführen, einen Weg zu engerer Integration in den EU-Binnenmarkt in Bereichen anbieten, die für beide Seiten von Interesse sind;
- wird sich die Union für den Mittelmeerraum mit konkreten Projekten beteiligen.

- 12) Wir begrüßen die Arbeit, die Ägypten und Tunesien geleistet haben, indem sie ihr Aktionsprogramm für Wirtschafts- und Finanzstabilität der internationalen Gebergemeinschaft vorgestellt und Vorbereitung für ein integrativeres Wachstum getroffen haben, und wir sind bereit, sie zu unterstützen. Wir begrüßen die Entscheidung der ägyptischen Behörden, beim IWF und den multilateralen Entwicklungsbanken Unterstützung zu beantragen, und wir begrüßen Tunesiens Antrag auf ein gemeinsames und koordiniertes Darlehen für entwicklungspolitische Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang könnten die multilateralen Entwicklungsbanken über 20 Milliarden Dollar, einschließlich 3,5 Milliarden Euro von der Europäischen

Investitionsbank (EIB), für Ägypten und Tunesien für den Zeitraum 2011 bis 2013 zur Unterstützung geeigneter Reformmaßnahmen bereitstellen. Die G8-Mitglieder sind bereits in der Lage, umfassende bilaterale Unterstützung aufzubringen, um diese Maßnahmen voranzutreiben. Wir begrüßen Beiträge anderer bilateraler Partner auch aus der Region.

Gesellschaftliche Emanzipation und Dialog zwischen den Völkern

- 13) Wir werden die Länder in der Region dabei unterstützen, ein politisches Umfeld zu schaffen, in dem sich Demokratie und Freiheit entfalten können. Insbesondere
- rufen wir die internationalen Organisationen auf, mit den politischen Parteien und der sich neu bildenden politischen Opposition zusammenzuarbeiten, um sie dabei zu unterstützen, die für die Verwirklichung der Bestrebungen und für den Kapazitätenaufbau bei lokalen und nationalen Entscheidungsträgern und Meinungsführern erforderlichen Instrumente zu entwickeln; dies ist der beste Weg hin zu Stabilität in der Region;
 - werden wir die Stärkung der bestehenden interparlamentarischen Foren, die eine wichtige Rolle zu spielen haben, und die Entwicklung internationaler Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden als Mittel zum Aufbau konkreter Verbindungen zwischen den Völkern unterstützen;
 - sichern wir zu, die Zivilgesellschaft an der Deauville-Partnerschaft uneingeschränkt zu beteiligen und auf der Arbeit des Zukunftsforums, das vor Jahresende stattfinden wird, aufzubauen, um auf die jüngsten Veränderungen im Nahen Osten und in Nordafrika zu reagieren und auf diese einzugehen und um den Dialog zwischen der G8, den Regierungen des Nahen Ostens und Nordafrikas und der Zivilgesellschaft zu stärken;
 - sichern wir zu, Bildung und Ausbildung in den Mittelpunkt unserer Maßnahmen in der Region zu stellen. Die Bekämpfung hoher Analphabetenzahlen und hoher Beschäftigungslosigkeit insbesondere unter jungen Menschen und die Anpassung der Berufsausbildung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes sind entscheidend, damit qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, um bei der Modernisierung der Volkswirtschaften des Nahen Ostens und Nordafrikas mitzuhelfen. Wir werden die Mobilität von Studierenden fördern und uns für mehr Kontakte im Bildungs- und Forschungsbereich zwischen unseren Hochschulen und denen im Nahen Osten und in Nordafrika einsetzen. Das europäische Jugendbüro für den Mittelmeerraum wird eines der Instrumente

dieser Politik sein. Außerdem sollte der Austausch bewährter Praktiken über Programme zur Verbesserung der Qualifikationen von Arbeitslosen, darunter auch die berufliche Aus- und Fortbildung, angeregt werden;

- sichern wir zu, weitere Unterstützung für die Stärkung der Meinungsfreiheit und auch der kritischen Rolle der Medien und des Internets bei der Demokratisierung von Gesellschaften zu leisten. Wir verpflichten uns auch zur Förderung des Rechts auf freie Religionsausübung in Sicherheit, ohne Angst vor Gewalt und Unterdrückung.

Folgemaßnahmen und Überwachung im Rahmen der Deauville-Partnerschaft

- 14) Wir werden diese Partnerschaft im Laufe der Zeit weiterentwickeln und alle beteiligten Partner in einen fortwährenden und gemeinschaftlichen Prozess der Überwachung der Umgestaltung in der Region einbinden.
- 15) Wir werden gemeinsam mit den Partnerschaftsländern die in den von ihnen vorgelegten Programmen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung enthaltenen Transformationsstrategien prüfen, beginnend mit Ägypten und Tunesien. Wir werden sicherstellen, dass den Reformen mit einer geeigneten Reaktion der internationalen Gemeinschaft begegnet wird, und zwar unter anderem durch länderspezifische gemeinsame Aktionspläne der multilateralen Entwicklungsbanken.
- 16) Wir bitten unsere Außen- und Finanzminister, sich dringend mit dieser Aufgabe zu befassen und in den nächsten Monaten mit den Partnern aus dem Nahen Osten und Nordafrika sowie weiteren Partnern zusammenzukommen, um einen Rahmen für die Partnerschaft festzulegen und diese Arbeit voranzutreiben, u. a. auf den Treffen hoher Beamter der Außen- und Finanzministerien im Juli.
- 17) Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern und allen Interessierten vor Jahresende Folgemaßnahmen ergreifen.
- 18) Wir werden auf unserem nächsten Treffen unter dem Vorsitz der Vereinigten Staaten eine Beurteilung der Partnerschaft vornehmen.